

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Entsendung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 35 Goldpfennige. Für telephonisch erstellte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erstellte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 259.

Altensteig, Montag den 3. November.

Jahrgang 1924

Die Verchiebung der Aufwertung.

Durch die Auflösung des Reichstags sind natürlich auch die Arbeitsausschüsse für Sonderfragen in die Luft gestiegen. Im Juni beschloß der im Rat gewählte Reichstag, einen besonderen (den 18. Ausschuss) für das Aufwertungsproblem einzusetzen; im August wurde zur Prüfung genau formellierter Grundfragen ein Unterausschuss gebildet. Die Verhandlungen des weiteren wie des engeren Ausschusses haben in der Öffentlichkeit lebhaftes Interesse gefunden. Könnte man die bürgerlichen Parteien im allgemeinen als aufwertungsfeindlich bezeichnen, so war die Reichsregierung aus sehr ernstlichen finanz- und währungsrechtlichen Gründen beinahe aufwertungsfeindlich. Der neue Reichstag wird voraussichtlich kurz vor Weihnachten zu einer kurzen Sitzung zusammentreten und dann kaum Zeit finden, einen neuen Aufwertungsausschuss zu bilden. Vielmehr ist dies erst mit Beginn des neuen Jahres zu erwarten, so daß frühestens Ende Januar oder Anfang Februar die Arbeit fortgesetzt werden kann. Voraussetzung ist dabei, daß die meisten Mitglieder des Aufwertungsausschusses wiedergewählt werden; denn es erfordert langwierige Studien, um in dieser komplizierten Frage zu praktischen Vorschlägen Stellung nehmen zu können.

Der gegenwärtige Zustand, daß die öffentlichen Anleihen überhaupt nicht verzinst werden, muß schlechterdings als ein Rechtsbruch gegenüber den Gläubigern bezeichnet werden. Das Volksempfinden bewegt sich hauptsächlich in zwei voneinander getrennten Gedankengängen: Einmal wird gesagt, daß die Entwertungsgewinnler zugunsten der Entwertungsvollzieher enteignet werden müßten. Hierbei ist vorausgesetzt, daß wirklich die Verluste, die ein Teil unseres Volkes erlitten hat, vollständig oder doch fast vollständig einem anderen Teil zugute gekommen sind. Diese weitverbreitete Ansicht ist grundverkehrt. Wohl gibt es Fälle, in denen der damalige Schuldner heute noch fast den vollen Wert des bei der „Rückzahlung“ von ein paar Pfennigen gesparten Geldes besitzt. In anderen Fällen war wohl eine Bereicherung eingetreten, von dem Schuldner jedoch nicht als Vermögensvermehrung betrachtet und darum verneht worden. In zahlreichen anderen Fällen dagegen hat der Schuldner überhaupt keine Vermögensvermehrung erfahren. Der zweite große Gesichtspunkt, der für die Aufwertung des Aufwertungsproblems im Volke eine Rolle spielt, ist der, daß es den Grundbesitz von Treu und Glauben zerstört, wenn vom Staate gegebene Zusicherungen nicht gehalten werden. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Staat das Volk im internationalen Sinn vertritt, und daß die öffentlichen Organe in Deutschland in ihrer Haltung zum Aufwertungsproblem lediglich die Behandlung zurückstrahlen, die das Reich durch seine früheren Kriegsgegner erfahren hat und weiter erfährt. Die Alliierten haben aber geschickt vermieden, in den Friedensvertrag eine Forderung aufzustellen, daß die deutschen Anleihegläubiger auf ihre Ansprüche zugunsten der reparationsberechtigten Mächte verzichten sollen, und damit erreicht, daß sich in Deutschland starke Spannungen zwischen Volk und Staat herausbilden und behaupteten. Trotz aller Schwierigkeiten müssen jedoch Mittel gefunden werden, um den gegenwärtigen rechtlosen Zustand in einen rechtlichen zurückzuverwandeln. Praktisch bedeutet dies, daß die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden in neue — allerdings stark verringerte — Rechtsansprüche für die Gläubiger umgewandelt werden. Jede Lösung ist zu begrüßen, die diesem Gesichtspunkt entspricht — und schnell erfolgt.

Ministerialdirektor Dr. Bölsz, Berlin, früher in Stuttgart, führt im „Reichsarbeitsblatt“ zu dem Vorschlag des Reichsfinanzministers, nur Bedürftige in die Aufwertung einzubeziehen, folgendes an:

Wohlfahrtspflegerische Gedanken finden sich in der 3. Eilverordnung im Grunde nur im § 7, in der Berechtigung der Mündelbeteiligten. Tatsächlich ist aber auch dieses Vorrecht bei der Vermögenslosigkeit der Mündel und der Unsicherheit seines Umfangs ziemlich zweifelhaft. Dazu bringen gerade diese für die breiten Massen wichtigsten Bestimmungen neben dem geringen Aufwertungsbeitrag Ungleichheiten von Sparfassen zu Sparfassen und damit gerade die Bevölkerungsschichten, die vom wohlfahrtspolitischen Standpunkt im Endziel am schärfsten zu bekämpfen sind. Unzufriedenheit aller gegen alle. Ähnlich, wenn auch nicht so stark, werden sich die Verhältnisse bei Lebensversicherungen und Pfandbriefanstalten gestalten. Einige Zahlen mögen diese Auffassung beleuchten. Ein Vermögen von

10 000 Friedensmark — einerlei in welcher Weise es angelegt war — sicherte im Durchschnitt das bescheidene Jahreseinkommen von 400–500 Mark, bei dem nach den ursprünglichen Kleinrentnerbestimmungen überhaupt erst die Eigenschaft als Kleinrentner anerkannt wurde.

Der Sparfassengläubiger dürfte an Stelle einer solchen Einlage und nur dann, wenn das Vorrecht der Gläubiger mit Mündelsicherheit sehr niedrig gehalten wird, nach Aufwertung sachkundiger Kreise an Aufwertung zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt ein Kapital von 300 Mark erhalten, das bedeutet selbst bei einer künftigen Verzinsung von 7 v. H. 21 Mark im Jahr. Damit ist die früher vorhandene Altersversorgungsfunktion dieses Vermögens nach keiner Richtung wiederhergestellt; für den alten Erwerbsunfähigen bedeutet diese Einnahme nichts, er kommt nicht aus der Fürsorge heraus. Für Tausende von Sparfassengläubigern dagegen, die im Erwerb stehen und diese Jahresnebennahmen erhalten, bedeutet dieser Betrag ebenfalls so gut wie nichts, weil er einfach gelegentlich im Haushalt oder gar ganz unwirtschaftlich ausgegeben wird. Bei einer Vermögensanlage in Pfandbriefen würde der Gläubiger einen Goldpfandbrief in Höhe von etwa 800 Mark erhalten, bei 4 v. H. Verzinsung 32 Mark, — wiederum ein Betrag, der weder für die Haushaltung des im Erwerbsleben stehenden noch für den Erwerbsunfähigen und deshalb Hilfsbedürftigen von Belang ist. Bei Lebensversicherungen können Zahlen kaum gegeben werden, sie werden nur selten höher als bei Pfandbriefanstalten stellen. Danach bedarf es im Einzelfall eines Pfandbriefbetrages von mindestens 100 000 Mark im Frieden, wenn einigermaßen ein Existenzminimum an Einkommen für eine Person erzielt werden soll, das ausreicht, um aus der Fürsorge herauszukommen. Günstiger stehen sich die Gläubiger mit der festen 15-prozentigen Aufwertung; hier reicht ein Vermögenswert von ungefähr 50 000 Mark mit 375 Mark Jahreszins für eine Person annähernd zur Befreiung aus der Fürsorge aus, allerdings auch erst bei voller Verzinsung im Jahre 1928.

Dazu kommt, daß vom Standpunkte der erwerbsunfähigen und alten Hilfsbedürftigen doch einen völligen Zufall bedeutet, ob der Hilfsbedürftige als Bestandteil seines Vermögens Pfandbriefe oder Hypotheken besaß, oder ob er in der oder in jener Lebensversicherung sein Leben versichert hatte. Noch mehr vom Zufall abhängig ist es, ob eine Hypothek noch besteht oder während der Inflation zurückgekauft worden ist. Eine weitere reine Zufälligkeit ist es vom Standpunkte des soliden Vermögensinhabers mittlerer Art und Güte, ob er etwa eine zweite Hypothek oder Staats- und Kommunalanleihen besaß. Im Gegenteil, die letzteren galten für den vorfristigen Sachwalter als besonders günstige Anlagen, sie waren meist mündelsicher, wie im Süden übrigens auch die Pfandbriefe. Wohlfahrtspolitisch ist es schon aus diesem Grunde höchst bedenklich, daß derartige Gläubiger gar keine oder eine geringe Aufwertung bekommen, während eine dritte Spekulationshypothek hinter 80 v. H. der Friedensschätzung mit der Maßgabe um 15 v. H. aufgewertet wird, daß der Gläubiger mit dem Aufwertungsbeitrag innerhalb der vordersten 15 v. H. für die Zukunft rangieren wird. Der Spekulant mit 30 000 Mark Schornsteinhypothek erhält im besten Range ab 1928 225 G. M. Zins, der Inhaber von 30 000 Mark Preussischer Konjunkt 0 Mark, das Mündel mit 30 000 Mark Kriegsanleihe 0 Mark (vor dem Vorschlag des Reichsfinanzministers), mit 30 000 Mark Pfandbriefen 96 Mark. Eine derartige Ungleichheit bei an sich weitgehend gleichartigen Voraussetzungen muß dauernd Unzufriedenheit und damit das Gegenteil einer umfassenden Befriedung herbeiführen.

Auch eine beschränkte Aufwertung zugunsten hilfsbedürftiger früherer Vermögensinhaber ist zurzeit nicht möglich. Die bisherige Mietsteigerung und die mit ihr verbundene Mietzinssteuer gibt zurzeit nur einem Teile der Kommunen die Mittel zu einer notwendigen Kleinrentnerfürsorge. Jede Beschränkung dieser Steuer durch eine nur einzelnen Hilfsbedürftigen zugute kommende höhere Hypothekenaufwertung bedeutet zugleich eine weitergehende Beschränkung der Mittel für Klein- und Sozialrentner. Verwendung der vorhandenen Ueberschüsse in einzelnen Gemeinden nur für Anleihegläubiger, vollends auch für solche, die sonstigen Verdienst haben oder gar Anleihebesitzer sind, raubt den breiten Massen der Sparfassengläubiger die letzte Hoffnung und verhindert weiter eine Unterstützung der Allgemeinheit der hilfsbedürftigen Kleinrentner, welche nicht zufällig Stadtobligationen haben. Jede Individualaufwertung bringt weitere Ungleichheiten, ja gefährdet die künftige Unterstützung der Hilfsbedürftigen.

Wiedereinführung von Titeln und Orden?

Auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts sollte die Frage der Wiedereinführung von Titeln für Beamte und Nichtbeamte, sowie der Vereinfachung der Amtsbezeichnungen zwischen den verschiedenen Ressorts vorbereitend geprüft und dann dem Kabinett ein Vorschlag unterbreitet werden. Es erfolgten zunächst kommissarische Beratungen, in denen eine Reihe Feststellungen getroffen wurden. So kam man zu der Überzeugung, daß die vorhandenen Amtsbezeichnungen das bescheidene Amt vielfach unrichtig und irreführend bezeichnen und daß sie oft zu „Ungerechtigkeiten“ führen. Es besteht ein dringendes Bedürfnis der Verwaltung, die Titelfrage vernünftig zu regeln, was aber nur durch eine Änderung des Artikels 109, Abs. 4 und 6 der Reichsverfassung möglich sei.

Zweckmäßigerweise könne man gleichzeitig die Möglichkeit der Verleihung von Orden regeln. Hier sei ein Bedürfnis besonders hinsichtlich der Verleihung von Orden an Ausländer aus außenpolitischen Gründen und für die Regelung der Verleihung von Rettungsmedaillen und Treudienstabzeichen vorhanden. Dabei könne die unstrittene Frage der Einführung von Orden im Inland zunächst zurücktreten. Artikel 109 der Reichsverfassung müßte also dahin geändert werden, daß die Verleihung von Titeln und Orden nur nach Maßgabe eines Reichsgesetzes zulässig sei. Dieses Reichsgesetz müßte den Reichspräsidenten und die Landesregierungen ermächtigen, Titel an Beamte und Angehörige freier Berufe nach Maßgabe der von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat aufzustellenden Grundsätze, ferner Rettungsmedaillen und Treudienstabzeichen zu verleihen. Dem Reichspräsidenten allein soll weiter die Ermächtigung erteilt werden, Orden an Ausländer, sowie Deutschen die Genehmigung zur Annahme ausländischer Titel und Orden zu verleihen. Die Ausdehnung der Ordensverleihung auch auf Deutsche sei späterer Regelung vorbehalten.

Hinsichtlich der Amtsbezeichnungen kamen lt. „Münd. R. N.“ die Beratungen zu dem Ergebnis, daß eine Zurückführung auf reine Tätigkeitsbezeichnungen unter Hinzufügung von Titeln nicht zu empfehlen sei. Es kämen nur zwei Wege in Betracht: entweder die Säuberung der jetzigen Amtsbezeichnungen unter Hinzufügung von Titeln oder die unveränderte Belassung der jetzigen Amtsbezeichnungen der Reichsbesoldungsordnung unter Hinzufügung von Titeln. An diesem zweiten Weg hält vor allem das Reichsfinanzministerium fest, weil es im anderen Fall die Aufstellung der Einstufungsfrage befürchtet, während die anderen Ressorts sich mehr für das erstgenannte System ausgesprochen haben. Dem Auswärtigen Amt, wo ja besondere Verhältnisse bestehen, soll in dieser Frage eine größere Freiheit gegeben werden. Die Einführung des Gesamttitels für Beamte ließ bei einer großen Zahl von Ressorts auf Widerstand, insbesondere weil es dem Grundgedanken des parlamentarischen und demokratischen Systems widerspreche, wenn — abgesehen vom Auswärtigen Dienst — der Reichspräsident Beamte zu Geheimen Regierungsräten ernenne.

Der deutsche Kaufmann im Auslande.

Es ist in den letzten Monaten in der deutschen Presse sehr viel von der notwendigen Wiederanknüpfung der Auslandsverbindungen gesprochen worden. Die Erkenntnis, daß nur eine Hebung des Exportes uns retten kann und daß die Handelsbilanz dauernd aktiv gestaltet werden muß, weil nur dann die Lasten von Versailles und London getragen werden können, ist allgemein durchgedrungen. Natürlich genug ist geredet und geschrieben, aber praktische Arbeit ist in dieser Hinsicht noch herzlich wenig geleistet worden. Gewiß hat man den Außenhandel zu unterstützen gesucht. Die Reichsbank und auch die anderen Kreditinstitute sind im allgemeinen in ihrer Kreditbewilligung für das Auslandsgeschäft freigebiger gewesen als für das Inlandsgeschäft. Aber diese Hilfe ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es kann dadurch die Tatsache nicht abgeändert werden, daß die Deutschen im Vergleich zu ihren Konkurrenten arm sind. Der arme aber kann mit den geringen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, nie die günstigen Zahlungsbedingungen auf die Dauer gewähren, wie sein reicher Konkurrent. Die Frage der Zahlungsbedingungen ist aber für das Auslandsgeschäft fast noch wichtiger als die Preisfrage selbst.

Anßerdem bedeutet eine solche Kreditbegünstigung nur eine Hilfe für solche Firmen, die bereits im Auslande bekannt sind. Weit wichtiger ist die Frage der Anknüpfung neuer Beziehungen zum Auslande. Da der deutsche Export

zur Höchstleistung gebracht werden muß, kann er auf die Dauer nicht nur allein von den großen Firmen getragen werden, sondern auch der mittlere und kleinere Kaufmann muß zum Exportgeschäft herangezogen werden. Und hier ist gerade dem deutschen Exporteur der Anfang sehr erschwert, denn es fehlt ihm im Vergleich zu den Außenhändlern der anderen Märkte die nötigen persönlichen Beziehungen zum Auslande, und es fehlen ihm im Großen und Ganzen auch die Mittel und Wege, diese Beziehungen anzubahnen. Vor allem macht sich hier bemerkbar, daß wir keine Kolonien mehr haben. England und Frankreich besitzen weite Kolonien. Der englische und französische Kaufmann, ganz besonders natürlich der englische, ist deshalb durch vielfache Verbindungen, zum großen Teil auch rein familiärer Art, mit dem Auslande verknüpft. Das ist unendlich wichtig für die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Länder. Es tritt hier in Erscheinung, daß ein Land, das am Weltmarkt ein entscheidendes Wort mitreden will, ohne Kolonien, die draußen in der weiten Welt gleichsam heimliche Niederlassungen bilden, von wo aus der Handel über die Welt organisiert werden muß, schwerlich aufkommen kann. Ein erfolgreicher und konkurrenzfähiger Welthandel erfordert heutzutage ein feines, über die einzelnen Erdteile ausgebreitetes Netz der verschiedensten persönlichen und sachlichen Beziehungen, wodurch vor allem eine zuverlässige, bis in die Einzelheiten reichende Orientierung möglich ist.

Der deutsche Kaufmann aber ist im Auslande in der Hauptsache auf unsere Konsulate angewiesen. Diese sind wohl imstande, über große wirtschaftliche Zusammenhänge Aufschluß zu geben, aber das, was für den Kaufmann gerade wichtig ist, die Details, den Aufschluß über Bonität der Kunden, Güte der gelieferten Waren usw. kann der Kaufmann hier meist nur in ungenügender Weise erhalten. Für die Abhilfe dieser Mängel bedeutet die vor kurzem geschaffene Tagung der deutschen Auslandshandelsmänner einen wichtigen Beitrag. Die Forderung nach der ausgiebigsten Unterstützung der Auslandshandelsmänner durch die Regierung ist durchaus berechtigt, denn die Errichtung von halbamtlichen Vereinen, zusammengesetzt aus deutschen Kaufleuten im Auslande und denjenigen heimischer und ausländischer Firmen, die mit Deutschland Geschäfte treiben, wird zur Behebung dieses Mangels wesentlich beitragen können und dem deutschen Export zur Steigerung verhelfen.

Neues vom Tage.

Die Arbeiten der Reichsregierung.

Berlin, 2. Nov. Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf des Reichshaushaltplanes für 1925. — Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium über die in Aussicht genommenen Steuerermäßigungen konnten noch nicht zu Ende geführt werden und werden daher in dieser Woche in den Reichsratsausschüssen fortgesetzt.

Die Militärkontrolle in Deutschland.

Berlin, 2. Nov. In der Zeit vom 8. September, dem Beginn der Generalinspektion, bis zum 25. Oktober, sind im ganzen 793 Kontrollbesuche durch die I.M.A. ausgeführt worden. Hiervon entfallen auf Truppenstärke 136, Zeugmaterie 117, Dienststellen in der Heeresverwaltung 83, Polizei 205 und Fabriken 252.

Eine Erklärung Ludendorffs.

Berlin, 2. Nov. General Ludendorff veröffentlicht eine Entgegnung auf die Erklärung der bayerischen Generale, in der diese die Standesgemeinschaft mit General Ludendorff wegen seines Verhaltens in dem Konflikt mit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern fernerhin ablehnen. Ludendorff legt darin noch einmal die Geschichte des Ehrenhandels ausführlich dar und erinnert daran, daß er im Hitlerprozeß eine ausführliche Erklärung über die Nicht-

beteiligung des Kronprinzen Rupprecht abgegeben habe. Er habe sich zu diesem Schritt auch dadurch veranlaßt gesehen, da er in einer Geheiminsignie gehört habe, daß Rupprecht am 11. oder 12. November 1923 die Absicht gehabt habe, einen besonderen Schritt durchzuführen. Der Kronprinz habe hierzu eine Proklamation entwerfen lassen und sei in München zur Durchführung seiner Absicht eingetroffen. Bestimmte Umstände hätten dann diese Absichten vereitelt. Ludendorff kündigt an, daß er nach seiner Rückkehr nach München sein Material veröffentlichen werde.

Zum Uebergang der Regiebahn.

Mann, 2. Nov. Der Uebergang der Regiebahn vollzieht sich laut „Frankf. Ztg.“ bereits in dem Ausmaß, daß im Direktionsbezirk Mainz an der Hand von Listen täglich 50 französische und belgische Regiebeamte abgelöst und durch deutsche Beamte ersetzt werden. Die Abgelösten werden hier zusammengestellt und in größeren Trupps mit ihren Familien abtransportiert. Die Wohnungen haben sie — das ist eine besondere französische Bestimmung — in tadellosem Zustande zu hinterlassen. Eine Kommission beschäftigt die Räume vor der Uebergabe, und erst nachdem dies geschehen ist, erhält der Regiebeamte eine Bescheinigung darüber mit der Gehaltssumme für ein Vierteljahr. Leider erfolgt die Freigabe der Wohnungen zurzeit nur in geringem Umfange, weil durch die Umquartierung der Truppen aus dem geräumten Ruhegebiet Wohnungen gebraucht werden. Die Unterbringung der deutschen Beamten macht daher besondere Schwierigkeiten.

Abzug der Belgier aus der Rönischen Zone.

Rön, 2. Nov. Die „Rönische Volkszeitung“ will aus Düsseldorf von zuständiger belgischer Seite die Mitteilung erhalten haben, daß die belgischen Truppen bis 10. Januar die erste Zone des besetzten Gebietes räumen werden.

Warum Ungarn die Erzbergmörder nicht ausliefert.

Budapest, 2. Nov. Wie die Blätter berichten, hat die ungarische Regierung die jüngste Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Auslieferung des Mörders Erzbergers, Förster-Schulz, beantwortet. Die ungarische Regierung erklärt, weiter auf dem Standpunkt beharren zu müssen, daß zwischen Ungarn und Deutschland für die Auslieferung von Verbrechern keine Gegenseitigkeit besteht und daß sie Schulz nicht ausliefern könne, da er ein politischer Verbrecher sei. Die deutsche Regierung habe auch Czerny, den Mörder des Grafen Tisza, nicht ausgeliefert. Die ungarische Regierung erklärt sich jedoch gerne bereit, über die Schaffung eines Vertrages zur gegenseitigen Rechtshilfe mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten.

Der Krieg in China.

London, 2. Nov. Reuter erfährt aus Tokio, daß nach einem von Tschangschin veröffentlichten Kommuniqué die Truppen der Mandchuren die Städte Schanhaiwan, Schinwangtan und Peitaiso einnahmen, 30 000 Tschilianhänger gefangen genommen und 100 Kanonen erbeutet haben.

Paris, 2. Nov. „Chicago Tribune“ berichtet aus Peking, eine gefährliche Lage drohe sich in Tientsin, wo Wupeifu sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, zu entwickeln, da Tausende von Soldaten der bei Schanhaiwan geschlagenen Armee in der Richtung auf Tientsin anrückten.

Vor Macdonalds Rücktritt.

London, 1. Nov. Das endgültige Ergebnis der englischen Wahlen stellt sich auf 415 Konservative (vorher 259), 44 Liberale (158), 152 Arbeitervertreter (192), und 4 Wäbe (6). Von 19,9 Millionen Wahlberechtigten haben 16 Millionen ihr Wahlrecht ausgeübt. Im ganzen stehen 7,5 Millionen konservative Stimmen, 8,37 Millionen Stimmen der Liberalen und der Arbeiterpartei gegenüber. (Wäre in England statt des ganz veralteten Wahlrechts ein Verhältniswahlverfahren in Geltung, wie bei uns, so wäre die konservative Alleinherrschaft unmöglich. D. Red.)

Wessen Bild trägst Du im Herzen?

Von Erich Ebenstein.

32.

(Nach dem 6. Akt.)

„Er — liebt — seine Gemahlin?“ stammelte die Gräfin angängig und aus allen Himmeln stürzend.

„Gewiß, Mama! Und mit vollem Recht, denn sie ist das liebste Wesen, das ich kenne! Gib mir den Brief. Er soll keinen Tag länger zittern, daß ein Zufall sein junges Bild trüben könnte.“

Die Gräfin überdachte die Aufforderung. Gräbelnd sah sie vor sich hin. Wenn der Prinz seine Gemahlin jetzt liebte, wäre das allerdings eine ganz neue Situation. Aber war es wahr? Vielleicht täuschte sich Lore? Vielleicht mußte man nur einen andern Weg einschlagen, um das alte Ziel doch noch zu erreichen...? Jedenfalls bedurfte die Sache gründlicher Ueberlegung.

„Nun, Mama? Warum gibst du mir den Brief nicht?“

„Jaso — den Brief —!“ Die Generalleutnantin sah ihre Tochter mit gut gespielter Verlegenheit an. „Wenn ich ihn nur noch habe, mein Kind! Du weißt, ich bin ein wenig leger in meinen Sachen...“

„Du sagst doch vorher, du habest ihn aufbewahrt!“

„Gewiß. Es schien mir ja damals sehr wichtig. Ich legte ihn in meine Kommode zu den Schmuckstücken. Aber später verlor er doch an Bedeutung — durch die vollzogene Heirat des Prinzen — übrigens kommt“, setzte sie bereitwillig hinzu, „wir wollen höflich gemeinsam danach suchen.“

Die junge Gräfin beteiligte sich sehr gründlich am Suchen, aber ohne Erfolg. Der Brief war nicht zu finden.

„Es muß nichts — er ist nicht mehr da“, sagte die Mutter endlich scheinbar kleinlaut. „Ich habe neulich allerlei alte Papiere ausgemustert und verbrannt. Da muß er mir wohl darunter geraten sein.“

„Vielleicht hast du ihn anderwärts verwahrt, Mama? Im Schreibtisch etwa?“

„Nein, bestimmt nicht. Uebrigens sich selbst nach. Hier sind die Schlüssel.“

Selbstverständlich blieb auch dieses Suchen erfolglos. Lore bemühte sich übrigens bei dem Gedanken, daß der Brief ja doch keinen Schaden mehr stiften konnte, da er offenbar nicht mehr existierte, und teilte dies dem Prinzen durch ein paar Zeilen mit.

Am Abend fand die Abreise des Prinzen statt. Lore hatte Dienst und begleitete die Prinzessin auf den Bahnhof, denn Magelone ließ es sich nicht nehmen, ihrem Gatten bis zum letzten Augenblick nahe zu sein. Sie hatte nun die unumstößliche Gewißheit, daß er sie liebe. Seit gestern schienen alle Schatten zwischen ihnen ausgelöscht, er war der sächteste, liebevollste Gatte. So oft sein Bild dem ihren begegnete, sah sie es aufs neue: Er nahm ihr Bild im Herzen mit sich hinaus in die Ferne, wie das seine in ihr lebte.

Gleich und stumm stand Lore neben ihr auf dem Bahnsteig. Sie war mit unruhig klopfendem Herzen gekommen, denn auch ihr sollte dieser Jug denktag entfahren, an dem ihre Seele hing trotz allem und allem —

War es auch großende, bitter enttäuschte Liebe — Liebe war es doch! Das hätte sie in diesen Minuten, wo sie unruhig auf sein Erscheinen wartete. Wo blieb er nur so lange? Ihr Auge irrte über die Anwesenden. Prinz Egon stand in leiserem Gespräch neben seiner Gemahlin. Ein paar Hofschergen hielten sich beschreiben im Hintergrund. Offiziere, die den Prinzen ins Feld begleiten sollten, eilten hin und her. Breda war nicht darunter.

Dann trat einer der Offiziere an das fürstliche Paar heran und machte die Meldung, daß alles zur Abfahrt bereit sei.

„Mein neuer Adjutant, Baron v. Federn“, stellte der Prinz vor. Magelone wechselte ein paar freundliche Worte mit dem jungen Offizier. Zufällig streifte ihr Blick dabei Lore, die noch blässer geworden war und ein Bild so tiefer Verzweiflung bot, daß Magelone mitleidig dachte: sie liebte diesen Breda also doch! Arme Lore!

London, 2. Nov. Der Entschluß des Kabinetts, nicht sofort, sondern erst am Dienstag zurückzutreten, ist darauf zurückzuführen, daß der König entgegen der allgemeinen Erwartung nicht nach London zurückkehrte und daß das Kabinett entschlossen ist, vor seinem Rücktritt volles Licht in der Angelegenheit des Sinajew-Briefes zu verbreiten. Der Privatsekretär Ramsay Macdonald, Sohn, erstattete dem Kabinett Bericht über diese Angelegenheit. Ein eigener Ausschuss wurde eingesetzt, um festzustellen, ob der Brief echt oder falsch ist. Diejenigen Mitglieder der Regierung, welche den Brief bisher als echt ansahen, glauben nun, daß es sich doch um eine Täuschung handelt. Die Angelegenheit soll von der Untersuchungskommission bis Montag geklärt werden. Wenn es sich herausstellen sollte, daß es sich tatsächlich um eine Fälschung handelt, würde Macdonald der russischen Regierung eine Entschuldigung anbieten.

London, 2. Nov. Alle Blätter halten es für ausgemacht, daß die Regierung am nächsten Dienstag zurücktreten wird. Der „Star“ glaubt, der Rücktritt werde erfolgen, sobald der Sonderausschuss die Prüfung des Sinajew-Briefes, dessen Veröffentlichung im letzten Abschnitt des Wahlkampfes die Aussichten der Regierung so verhängnisvoll beeinträchtigt, beendet und einen Bericht dem Kabinett vorlegt haben wird. — Der König wird voraussichtlich am Montag nach London zurückkehren.

Sitzung des Transfer-Komitees.

Berlin, 2. Nov. Das Transferkomitee hielt seine erste Sitzung unter dem Vorsitz Owen Youngs, des bisherigen Generalagenten für Reparationszahlungen ab. Parker Gilbert, der die Funktionen des Transferkomitees übernahm, war ebenfalls zugegen. Das Komitee hat die folgende Entschliessung über den Zinsendienst der deutschen Anleihe 1924 angenommen:

„Das Transferkomitee hat einmütig beschlossen, daß während der Gültigkeitsdauer der deutschen Reparationsanleihe oder eines Teiles derselben alle genügenden Vorkehrungen zu jeder Zeit zu treffen und alle zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen zu ergreifen sind, die ungeachtet aller Reparationsleistungen einschließlich des im Dawesplan vorgesehenen Zinsendienstes die Priorität sichern. Die Priorität bezweckt, daß die genannten Treuhänder die Möglichkeit haben, ohne Unterbrechung und ohne Rücksicht auf irgendwelche Rückwirkungen auf dem Auslandswirtschaftsmarkt Rückzahlungen aller derartigen Leistungen vorzunehmen und zwar an die verschiedenen Banken und Kreditinstitute, denen die Verwaltung der Zinszahlungen in den Währungen der Einzelteile der Anleihe obliegt sowie in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Gläubigerverwaltung, die die Sicherung der Anleihe vornimmt.“

Die Revolution in Brasilien.

Newyork, 2. Nov. (Funfpruch.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß vier Garnisonen im Staate Rio Grande do Sul sich der Aufständigenbewegung angeschlossen und die betreffenden Städte in Besitz genommen haben.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

WTB. Berlin, 2. Nov. Der außerordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wurde gestern Abend mit einer feierlichen Begrüßung der Gäste im Reichstagsgebäude eingeleitet. Der Parteitag selbst fand im Ecksaal des preussischen Landtags statt. Einstimmig wurde dann eine von Köhler-Berlin eingebrachte Entschliessung angenommen, worin es unter anderem heißt, der Parteitag erkenne nach eingehender Aussprache ausdrücklich an, daß der bewährte Weg der Mitte nicht von der Partei verlassen sei. Die Politik der extremen Parteien müsse sowohl außen- wie innenpolitisch unabsehbare, verhängnisvolle Folgen haben.

Auf der Heimfahrt suchte sie Lore in zarter Zune zu trösten. „Es tut Ihnen wohl sehr leid, daß Ihr Jugendfreund, Rittmeister v. Breda, nicht mehr Adjutant des Prinzen ist?“

„Ich muß nichts davon, daß er in Ungnade gefallen ist...“ murmelte Lore verächtlich.

„Wah — Ungnade! Ich hoffe, davon ist keine Rede, und mit der Zeit wird sich wohl alles wieder ausgleichen lassen. Beide Männer sind eben verschiedene Naturen. Der Prinz ein wenig heftig, Herr v. Breda manchmal allzu schroff. Gestern Abend gab es eine Meinungsverschiedenheit — ich glaube wegen eines Auftrages, den der Rittmeister nicht zur Zufriedenheit meines Mannes ausführte — dabei soll sich Breda etwas haben hinreißten lassen. Aber Sie brauchen deshalb nicht für seine Zukunft zu fürchten. Ich werde schon wieder alles in Ordnung bringen. Einweilen ist es ganz gut, wenn sie eine Weile getrennt bleiben.“

Lore schwieg.

Um ihretwillen also! Um ihretwillen...

Magelone drückte leise ihre Hand.

„Nicht traurig sein, Lore! Ich habe Sie lieb und fühle mit Ihnen. Wir wollen beide recht tapfer sein und hier nun gemeinsam unsere Pflicht erfüllen, bis es ein — hoffentlich recht frohes Wiedersehen — gibt!“

Ihre Stimme klang weich und warm wie die einer Schwester, die ihre Schicksalsgenossin trösten will. In der Tat empfand die Prinzessin so. Sie waren beide jung und schön, sie liebten beide und zitterten nun...

In Lorens Augen schossen plötzlich heiße Tränen, die dem Starkkampf ihrer Seele lösten. Ueberwältigt beugte sie sich nieder und drückte einen Kuß auf Magelones Hand.

„Docher sind so glücklich“, stammelte sie, „ich — verdiente das gar nicht! Ich... ach, ich bin so grenzenlos unglücklich...“

„Unglücklich? Warum, mein armes Kind?“ fragte Magelone erschrocken. „Sprechen Sie sich aus — sagen Sie mir alles, was Sie drückt?“

Aber Lore schwieg — noch viel tiefer erschreckt durch die eigenen Worte als die Prinzessin.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 3. November 1924.

Ernannt wurde der Oberlandmesser Sprandel beim Vermessungsamt für Feldbereinigung in Wildberg zum Vorstand dieses Amtes.

Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Holzhausen O. A. Sulz dem Oberlehrer Meyer in Schillingen O. A. Nagold.

Feuerwehr. Gestern Mittag hielt die hiesige Feuerwehr ihre diesjährige Schlussübung ab, der als Brandobjekt die Scheuer von J. Wurster und das Jannasch'sche Haus in der Bahnhofstraße zu Grunde lag, welche Aufgabe die hiesige Feuerwehr in stottem Angriff erledigte. Sodann ging es an das untere Schulhaus zurück, woselbst für 25 jährige treue Dienste in der hiesigen Feuerwehr Dienstehrenabzeichen mit Diplom und Kreuz verliehen wurden, letzteres Spende der Stadtgemeinde. Es sind dies: Armbruster, Schwane, Koh, Engel, Vander, Köhle, Chr. Schmid, Gutmacher, Gottfried Koh, Köfer, (Brummenh.), Alfred Hed, z. Anker, Otto Luz, Gerber, Albert Großmann, Photograph und Chr. Henßler, Silberarbeiter. Kommandant, Herr Stadtbaumeister Henßler, dankte den Jubilaren für ihre treuen Dienste in der hiesigen Feuerwehr mit dem Wunsche, daß sie den Jüngeren stets ein leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung sein mögen. Nach Schluß vereinigte ein gemächliches Beisammensein die Mitglieder der Feuerwehr in der Traube, woselbst die Stadtkapelle in ihrem Teil durch Musikvortrage die Stunden verlebte. — Es wäre zu wünschen, daß in Zukunft der Zweck der Feuerwehrweins manche Bürger und Bürgerstöbne, besonders Befürworter von Anwesen, zum aktiven Eintritt in die Feuerwehr bewegen würde, denn ein Recht bei Ausbruch von Brandfällen zur Inanspruchnahme der Wehr setzt logischerweise auch eine Pflicht voraus, getreu dem Spruch: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“.

Das Aufbewahren von Gemüse. Es empfiehlt sich, mit dem Einwintern von Gemüse nicht zu früh zu beginnen. Für die Kohlarten ist es besser, wenn sie einen Frost bekommen, der selbst bei drei bis zu sechs Grad ihnen nichts schadet. Vor Ende dieses Monats oder Anfang des nächsten sollte man nicht einwintern. Das Einwintern besteht darin, daß man das Gemüse entweder an Ort und Stelle durch Bedecken schützt oder herausnimmt, zusammen einschlägt und deckt, oder aber im Keller, Schuppen oder Erdmieten verbringt. Gewöhnlich werden die ausgebildeten Gemüse herausgenommen und in der Nähe der Wohnung so in ein Stück Land fortentwässert eingeschlagen, daß man jedoch nicht zu nahe aneinander, das Gemüse mit den Wurzeln in Reihen einschlägt. — Das Einwintern kann auch so geschehen, daß man gesunde Häupter vom Rot- und Weißkraut oder Wirsing herausnimmt, Strenk und Wurzeln an der Pflanze läßt und dieselben, Kopf nach unten, Wurzel nach oben, in einem Kasten auf Sand nebeneinanderstellt und dann mit Sand bis an die Wurzeln zudeckt. Knollen- und Wurzelgemüse werden am besten in Erdmieten eingeschlagen, welche mit Sand oder Stroh bedeckt werden müssen.

Stuttgart, 1. Nov. (Der Kampf um den Interimstheaterplatz.) Der Plan der Oberpostdirektion, auf dem früheren Interimstheaterplatz, auf dem im Sommer die Gartenbauausstellung veranstaltet worden war, ein Postpaketzustellamt mit einem Gebäude der Oberpostdirektion zu erstellen, hatte einen lebhaften Widerstreit der Meinungen verursacht. Zur Klärung der Frage hat das württ. Staatsministerium zu einer Besprechung eingeladen, zu der außer den Mitgliedern der Regierung Abgeordnete aller Parteien, Vertreter staatlicher und städtischer Behörden und Sachverständige in großer Zahl erschienen waren. Staatspräsident Bazille berührte in der Eröffnungsansprache die Momente, die für und wider die Erbauung des Postpaketzustellamtes auf dem Interimstheaterplatz in Frage kommen. Er schloß mit der Erklärung, daß der Plan nur dann in Betracht kommen könnte, wenn jede Möglichkeit, ein anderes Gelände zu bekommen, ausgeschlossen wäre. Ministerialrat Kuhn vertrat den Standpunkt der Finanzverwaltung. Diese hält an dem Bau auf dem Interimstheaterplatz fest, weil bei Freibehaltung des Platzes die Staatsschatte große finanzielle Verluste erleidet. Der Vorsitzende des Landesamtes für Denkmalspflege, Professor Höpfer, rief dem Kulturministerium, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, daß der Platz von der Behausung ein für allemal freizuhalten ist. Auf dem gleichen Standpunkt steht Professor Röhre vom Landesbauamt. Als Vertreter der Stadt Stuttgart weist Oberbürgermeister Bantenschlager auf die unruhigeren Untergrundverhältnisse in der Umgegend des Interimstheaterplatzes hin, die ein solches Bauen überhaupt nicht gestatten. Die Stadtverwaltung sei der Ansicht, daß der von der Industriehof A. G. zur Verfügung gestellte Raum auf dem Gelände des alten Bahnhofs (Bauhof 4) nochmals auf seine Eignung geprüft werde. Präsident Meißner von der Oberpostdirektion erklärte, daß sich die von ihm vertretene Behörde durchaus nicht auf den Interimstheaterplatz verleihe. Sie sei bereit, auf den neuen Vorschlag der Stadtverwaltung hin nochmals in Verhandlungen hierüber einzutreten. Staatspräsident Bazille anerkannte das Entgegenkommen der Oberpostdirektion und sprach die Hoffnung aus, daß sich infolgedessen doch noch eine glückliche Lösung finden lassen werde.

Von den höheren Schulen. In der Bekanntmachung des Kultusministeriums über die Entwürfe der neuen Stundentafeln für die höheren Schulen heißt es u. a.: Sämtliche höhere Schulen müssen in erster Linie deutsche Schulen sein. Deshalb sind insbesondere die sog. deutschländischen Höheren hinsichtlich der Stundenzahl so ausgestaltet worden, daß sie ihre Geist- und Gemüts bildenden wie ihre nationalen und staatsbürgerlichen Werte voll entfalten können, auch die künstlerischen Höheren sind gegenüber dem alten Lehr-

plan etwas verstärkt worden. Die Gesamtschulstundenzahlen sind annähernd dieselben wie bisher, doch wurde eine Beschränkung der Zahl der wissenschaftlichen Höheren zugunsten der Leibesübungen vorgenommen. In den einzelnen Fächern wird u. a. bemerkt: Religion und Philosophie haben ihre bisherigen Stundenzahlen beibehalten, das Deutsche, die Geschichte und die Erdkunde weisen eine nicht unerhebliche Vermehrung ihrer Stundenzahlen auf; die Erdkunde wird in familiären Vorkursen bis zur obersten Klasse durchgeführt. Bei den fremdsprachlichen Fächern war eine Verminderung der Stundenzahlen unerlässlich, aber sie sind immer noch so ausgestaltet, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Von den neueren Fremdsprachen ist dem Englischen am Gymnasium sowie an den höheren Schulen für die weibliche Jugend eine entschiedene Vorrangstellung vor dem Französischen eingeräumt und in den übrigen Schulstufen ist seine Stellung gegenüber dem Französischen, namentlich auf der Oberstufe, wesentlich verstärkt worden. Die mathematischen naturwissenschaftlichen Höheren müssen in ihrer Gesamtheit sich ebenfalls mit einer geringeren Stundenzahl als bisher begnügen. Die Kunstfächer dagegen sind in allen Schulstufen stärker als bisher ausgestaltet worden. Die Leibesübungen haben eine erhebliche Verstärkung erfahren. In den bisher üblichen freiwilligen Unterrichtsfächern ist noch der Wertunterricht hinzugekommen; auch besteht die Möglichkeit, daß, wo ein Bedürfnis hervortritt, freiwillige Lehrgänge in Italienisch und Spanisch einzurichten.

Einschränkung der Wohnungszwangswirtschaft. Eine Verfügung des Ministeriums des Innern besagt: 1. Auf Mietverhältnisse in Bezug auf möblierte Wohnräume ohne Küche oder Kochgelegenheit, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung begründet werden, findet ab 1. November das Reichsmietengesetz und der erste Abschnitt des Mieterschutzgesetzes keine Anwendung. Dasselbe gilt für bestehende Mietverhältnisse dieser Art, es sei denn, daß die Wohnräume von einem Ehepaar (mit oder ohne Kinder), oder einem Ehegatten mit einem oder mehreren Kindern bewohnt sind. Ebenso gilt das Reichsmietengesetz und der erste Abschnitt des Mieterschutzgesetzes nicht für Mietverhältnisse über Räume, die nach Inkrafttreten dieser Verfügung unter Bezugnahme auf eine Bescheinigung der Gemeindevorstandsbehörde vermietet werden, wonach die letztere sie nicht als beschlagnahmefähig in Anspruch nimmt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Seit 16. Oktober ist die Frau des Paders Ruhn von Heidenheim abgängig. Sie ist 49 Jahre alt und wurde am 16. Oktober aus der Klinik Tübingen entlassen, ist aber nicht hierher gekommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Beigelegter Streik. Im Lohnstreik der Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands, der in einigen Städten zum Streik, unter anderem in des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und zum Einsatz der technischen Nothilfe geführt hatte, haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung geschlossen. Die Streiks sind mit sofortiger Wirkung abgebrochen worden.

Neuer Segelflugreord des Darmstädter Fliegerb. Auf dem Flugplatz Johannestal landete der Darmstädter Flieger Borch mit einem Segelflugzeug mit Hilfsmotor der Bahndarfstgesellschaft A. G., Darmstadt. Er hat die 550 Kilometer lange Strecke von Bessen bis Berlin in einer reinen Flugzeit von nur 3 1/2 Stunden zurückgelegt. Borch hat allerdings in Thüringen eine Zwischenlandung vornehmen müssen, weil er die Orientierung verloren hatte. Sein Blodbootmotor hat 698 Kubikzentimeter und 10 PS. Es ist damit ein Weltreord aufgestellt.

Vorsicht an falscher Stelle.

Manche glauben besonders schlau zu handeln, wenn sie ihre überschüssigen Gelder, statt sie zur Kasse zu bringen, auch jetzt noch, dreiviertel Jahr nach der Stabilisierung, bei sich zurückhalten. Tatsächlich aber schaden sie sich nur, wenn sie noch immer nicht den gewaltigen Unterschied zwischen den vergangenen Inflationsjahren und unserer gegenwärtigen Geldwirtschaft verstehen.

Sie schaden sich nicht nur dadurch, daß ihnen die beträchtlichen Zinsen entgehen, die heute um mehr als das Doppelte höher sind als in der Friedenszeit, sondern sie sind auch im Nachteil gegenüber allen, die rechtzeitig den Weg zur Sparkasse wiederfinden und nun bereits über beträchtliche Kapitalien nebst Zinsen verfügen können, während sie, die „Schlaunen“, das zu Hause angesammelte Geld bei der nächsten Gelegenheit vorrästlich verausgaben und deswegen noch keine Rücklagen für schwere Zeiten haben. Ihnen gerinnt das Geld unter der Hand, während es beim Sparrer Frucht trägt und sich vermehrt. Schließlich noch etwas sehr Wichtiges: Viele glauben aus Furcht vor neuer Entwertung ihr Geld nicht zur Kasse bringen zu sollen; in Wirklichkeit aber ist das Geld in ihrer Kommode bei einer eventuellen Inflation geradezu mit Sicherheit der Entwertung ausgesetzt, wenn sie es nicht rechtzeitig, bevor die Teuerung einsetzt, in Waren umsehen. Das Geld bei der Sparkasse dagegen bleibt auch dann unbedingt wertbeständig, weil ja die Guthaben auf Goldgrundlage gestellt sind.

Also keine Vorsicht an falscher Stelle, derjenige, der sein Geld zu Hause behält, zieht in jeder Hinsicht den Kürzeren. Der Sparrer kann jeder Weiterentwicklung der deutschen Währung mit Ruhe entgegensehen, während der andere sich ständig um die Unterbringung seiner Gelder sorgen muß.

Die sicherste Geldanlage ist heute die Sparkasse.

Welchen Empfänger soll ich kaufen?

Viele Rundfunkteilnehmer sind darüber im unklaren, was für ein Empfangsgerät sie sich anschaffen sollten. Das ist bei der großen Zahl der vorhandenen Empfängerarten und der Verschiedenheit ihrer Güte nicht wunderbar, vor allem, wenn man von diesem oder jenem Kochbar hört, daß er mit seinem Gerät nicht zufrieden ist.

Die so oft gestellte Frage: „Welcher Empfänger ist der beste?“ läßt sich in dieser Form überhaupt nicht beantworten. Ausschlaggebend für den zu erzielenden Rat sind in jedem Falle die örtlichen Verhältnisse, unter denen der Empfänger arbeiten soll, außerdem spielt natürlich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Käufers eine Rolle. Die vielen Typen der Empfänger zerfallen in zwei Gruppen: es gibt Detektorempfänger und Röhrenempfänger. Im praktischen Betriebe unterscheiden sie sich durch ihre Reichweite, durch ihre Anschaffungs- und ihre Betriebskosten.

Der Detektorempfänger ist das einfachste aller Empfangsgeräte; er besteht in der Regel nur aus einigen Spulen, einem Kondensator und einem Kristalldetektor. Er kann nur in unmittelbarer Nähe der Empfangsstationen verwendet werden und reicht selten über mehr als 4 km. hinaus, vor allem dann nicht, wenn er innerhalb einer Stadt aufgestellt ist. Seine Reichweite ist abhängig von der Antennenanlage; bei einer guten Hochantenne wird er innerhalb des genannten Umkreises in der Regel einen guten Kopfhörerempfang ermöglichen. Wird dagegen eine Zimmerantenne verwendet, so sinkt die mit ihm erzielbare Lautstärke. Versuche, mit einem Rahmen brauchbaren Detektorempfänger zu haben, müssen als aussichtslos bezeichnet werden. Genügt der Empfang mit einem Detektorempfänger nicht mehr, so kann man einen Niederfrequenzverstärker vor die Kopfhörer schalten, allerdings nimmt man dabei nicht nur eine Erhöhung der Anschaffungs- und Betriebskosten, sondern auch geringe Verzerrung der Sprache und Musik in Kauf. Die Verwendung des reinen Detektorempfängers ist daher auf den Bereich nächster Sendernähe beschränkt. Ob in einzelnen Fällen die durch die Anlage einer Hochantenne entstehenden Kosten den Verzicht auf die Beschaffung eines Niederfrequenzverstärkers (mit Zimmerantennenbetrieb) rechtfertigen, kann nur der Versuch entscheiden. Für alle die Orte, die zwar in unmittelbarer Nähe des Senders, aber außerdem im Bereich starker fremder Sendestationen (Küstenstationen, Schiffstationen, Wetterwarten) liegen, ist die Beschaffung eines selektiven Hochfrequenzempfängers zu empfehlen um die fremden Störer herauskoppeln zu können.

Für die Rundfunkteilnehmer, die außerhalb des Reiches eines Senders liegen, kommt nur die Beschaffung eines Röhrenempfängers in Frage. Dieser hat im Durchschnitt eine Reichweite bis zu 100 Kilometer, wenn er mit zwei Röhren, die als Audion und Hochfrequenzverstärker dienen, ausgerüstet ist. Auf die Verwendung eines Zwischenkreises wird man mit Rücksicht auf die Strömungsfreiheit des Empfängers nicht verzichten können. Die Anschaffungskosten derartiger Zwei-Röhrengeräte sind allerdings um ein Mehrfaches höher als die eines Detektorempfängers; hinzu kommt, daß die laufende Erneuerung der erforderlichen Stromquelle (Weißbatterie und Akkubatterie) Betriebskosten verursacht. Wenn man bei der Verwendung von Sparröhren, die mit Trockenelementen beheizt werden können, die einmaligen Anschaffungskosten für einen Akkumulator ersparen kann, so stellen sich statt dessen die zwar niedrigeren, aber häufigeren Beschaffungskosten für die Trockenelemente ein. Immerhin wird von manchen Rundfunkteilnehmern eine in kurzen Zeitabständen erforderliche geringe Ausgabe der einmaligen höheren Bezahlung eines Akkumulators vorgezogen. Ersparrnisse lassen sich dann auch durch den Verzicht auf eine Hochantenne machen, weil die Lautstärke guter Zwei-Röhrengeräte selbst bei größerer Entfernung vom Sender ausreicht. Der Verwendung eines Niederfrequenzverstärkers steht beim Lautsprecherbetrieb nichts entgegen, zumal die hierfür erforderlichen Stromquellen für den Empfänger selbst bereits vorhanden sind.

Will ein Rundfunkteilnehmer außer der zuständigen Sendestelle noch andere deutsche oder ausländische Sender hören, so wird er ohne einen Drei- bis Vier-Röhrenapparat nicht auskommen. Das wird jedoch in den wenigsten Fällen von den Rundfunkteilnehmern, die nicht experimentieren oder basteln, verlangt werden. Und diese mit der drahtlosen Technik in den meisten Fällen vertrauten Rundfunkfreunde kennen die jeweils vorhandenen Empfangsmöglichkeiten genau genug, um die erforderlichen Empfängertypen selbst bestimmen zu können.

Der technisch nicht vorgebildete Rundfunkteilnehmer hat also nur zwischen der Anschaffung eines Detektorempfängers und eines Zwei-Röhrengerätes zu wählen. Ersterer kann nur im Sendenumkreis von wenigen Kilometern (4 Kilometer) verwendet werden, letzterer bietet die Möglichkeit, den nächsten Rundfunksender innerhalb eines Sendenumkreises von rund 100 Kilometern zu hören. In beiden Fällen bieten Hochfrequenzempfänger die Möglichkeit, sich von fremden Störern zu befreien.

Gehteres.

Tatit. „Sie kaufen selber ein, Herr Doktor?“ — „Ja, ich muß hin und wieder mal was nach Hause bringen, damit meine Wirtschaftlerin denkt, daß ich über die Preise orientiert bin.“ (Weggend. Bl.)

Keingefegt. „Mein Fräulein, ich bin sicher, ich habe Sie schon einmal getroffen.“ — „Meinen Sie? Waren Sie vielleicht gestern Abend im Kasino?“ — „Ja, gewiß. Da wars.“ — „Na, ich war nämlich nicht da.“

Das wilde Weib. „Das Meer ist fürchterlich, wenn es wild ist.“ — „Das will nicht viel besagen. Sie sollten mal meine Frau sehen, wenn sie wild ist.“

Guter Rat. „Ich habe das Leben gründlich satt, die Frauen interessieren mich nicht mehr.“ — „Alter Junge, dann solltest du heiraten.“



